

Presse

AG Tourismus

Mit Nationaler Tourismusstrategie in eine nachhaltige Zukunft für den Tourismus

Gabriele Hiller-Ohm, tourismuspolitische Sprecherin:

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, dass die Erarbeitung der Nationalen Tourismusstrategie den Leitsätzen der sozialen, ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit folgt. Tourismus lebt zum einen von den Attraktionen, die die Natur bietet. Eine intakte Natur und Umwelt sind deshalb entscheidende Grundlagen für eine positive Tourismusentwicklung. Von zentraler Bedeutung sind darüber hinaus aber auch die fast drei Millionen Arbeitskräfte, die in der Branche für hohe Qualität und einen guten Service sorgen.

„Die Erfahrungen der letzten Jahre und die Corona-Pandemie haben gezeigt, dass zukunftsfähige Lösungen erforderlich sind, die vor allem dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Dies möchte die SPD-Bundestagsfraktion durch attraktive Arbeitsbedingungen, gute Ausbildung und ein effektives Fachkräfteeinwanderungsgesetz erreichen. Ein ökologisch nachhaltiger Tourismus schützt unsere natürlichen Ressourcen, sichert die notwendige Infrastruktur und wirkt auf eine Mobilitätswende hin. Deshalb setzen wir auf die Förderung des öffentlichen Verkehrs. Das umfasst Investitionen in die Bahn, eine bessere Vernetzung von Sharing-Angeboten sowie die Förderung von alternativen Kraftstoffen wie Elektromobilität und Wasserstofftechnologie. Ein wichtiger Baustein ist der Erhalt der Durchlässigkeit des Bundeswasserstraßennetzes. Im Sinne der Nachhaltigkeit sind uns die Förderung sowie ein Hinwirken auf Umwelt- und Naturschutzbildung wichtig.

Eine nachhaltige Nationale Tourismusstrategie muss auch Wege aufzeigen, wie zukünftig die unterschiedlichen Kompetenzebenen horizontal und vertikal besser

Impressum

Herausgeber Carsten Schneider, MdB | **Redaktion** Albrecht von Wangenheim

Telefon (030) 227-522 82 / (030) 227-511 18

E-Mail Presse@spdfraktion.de

Text kann im Internet unter www.spdfraktion.de abgerufen werden.

zusammenarbeiten können. Die Corona-Pandemie hat hier klare Schwachstellen aufgezeigt, die es zu schließen gilt. Wir benötigen einheitliche Kriterien vor allem auch für Notsituationen zwischen den Bundesländern aber auch in der Europäischen Gemeinschaft.“